

## **Gesucht: Schläfer und Schlafstätten**

Videoüberwachung auf dem Tübinger Marktplatz, Bundeswehrpatrouillen vor dem Bischofssitz in Rottenburg, Schlange stehen beim Ordnungsamt für den Fingerabdruck im Reisepass - ins Konkrete übersetzt sind das einige der Patentrezepte, die uns nach den Terroranschlägen in den USA angepriesen werden.

Angesichts der Dimension des Grauens tut man sich schwer, dem etwas entgegen zu setzen. Was wiegt schon die Sorge vor Datenmissbrauch gegen die Gefahr weiterer Anschläge auf Hochhäuser und Hauptstädte? In dieser simplen Dichotomie wird man stets die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten als das kleinere Übel hinnehmen.

Doch helfen all die Heilmittel gegen die Gefahr? Was hätte es genutzt, die Hamburger Studenten, die zu Massenmördern wurden, auf Videobänder zu fixieren, ihre Fingerabdrücke zu nehmen oder ihre Daten durch eine Rasterfahndung zu jagen? Nichts. Schläfer fallen höchstens durch Unauffälligkeit auf. Mohamed Atta soll – obwohl Student – sogar seine GEZ-Gebühren bezahlt haben.

Für die Grünen ist in dieser Situation ein Satz Benjamin Franklins Richtschnur: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird beides verlieren.“ Einen vollständigen Schutz vor Anschlägen mit der Hinterhältigkeit und Intelligenz der Terrorangriffe von New York und Washington kann es nicht geben. Einen totalen Überwachungsstaat sehr wohl. Wir dürfen den Schills und Schilys dieser Republik nicht einfach nachgeben. Ich finde es jedenfalls höchst bedenklich, wenn derzeit 6000 Baden-Württemberger in einer Rasterfahndung stecken, nur weil sie moslemischen Glaubens sind. Wann klingelt die Polizei bei mir, weil auf meinen Namen kein Auto gemeldet ist?

Natürlich kann man die Hände auch nicht in den Schoß legen. Niemand kann etwas gegen verstärkte Sicherheitskontrollen auf Flughäfen haben. Jede Verschärfung der Rechtslage muss aber praktikabel, effektiv, zielgerichtet und erforderlich zugleich sein. Das gilt für die meisten Vorschläge nicht.

Während die einen nach Schläfern suchen, fahnden andere in Tübingen nach Schlafstätten. Ich war selbst vier Monate auf Wohnungssuche und weiß, wovon ich schreibe: Der Markt ist so leergefegt wie Anfang der 90er. Notquartiere werden auch in Freiburg und Heidelberg eingerichtet. Das Land versteckt sich hinter Quoten und lässt zu, dass sogar Wohnheimplätze abgebaut werden. Dabei waren steigende Erstsemesterzahlen absehbar und mehr internationale Studierende ausdrücklich gewünscht. Schläfer gibt es offensichtlich auch in der Landesregierung. Für zusätzliche Wohnheime ist kein Geld da, für nette, aber keineswegs notwendige Projekte werden zeitgleich hunderte von Millionen aus der Landesstiftung ausgeschüttet. Es wäre besser, nach dem Grundsatz „Vermögen gegen Vermögen“ einen Teil der Erlöse aus dem EnBW-Verkauf in Wohnungen für Studierende zu investieren – um ruhig schlafen zu können, braucht es zunächst ein Bett!

Sie sehen, die Landespolitik kehrt nach den Anschlägen zurück. Das ist gut so: Wir dürfen uns nicht lahm legen lassen. Deshalb mein ceterum censeo: Die RegioStadtbahn muss aufs Gleis.